



LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
184 · Ausgabe SO · September 2019



Die Wahlen stehen vor der Tür!

Mit der Telefonkampagne starten wir am 25. September. Wir konnten allerdings nicht so lange warten und haben bereits früher damit begonnen, den Kontakt zu den Wähler*innen zu suchen.

Am 20. Oktober wird sich zeigen, ob die nächsten vier Jahre wieder vom Widerstand gegen die Politik einer rechtsbürgerlichen Mehrheit geprägt sein werden oder ob es eine neue Mehrheit im Parlament gibt, die den Weg frei macht für eine sozialere, umweltfreundlichere und gerechtere Politik.

Die Chancen stehen gut, dass wir die rechte Mehrheit im Nationalrat brechen können. Damit dies aber auch wirklich gelingt, ist es notwendig, dass wir unsere beiden Sitze im Nationalrat verteidigen. Dafür ist die Mobilisierung unserer Wähler*innen entscheidend. Deshalb versuchen wir, mit möglichst vielen SP-Wähler*innen zu sprechen, um sie zum Wählen zu motivieren. Dies machen wir, indem wir uns gemeinsam treffen und dann unsere potenziellen Wähler*innen anrufen.

Damit wir möglichst viele erreichen, müssen wir auch möglichst viele sein. Können wir auch mit deiner Unterstützung rechnen? Dann melde dich bei Basiskampagne 2019, Kanton Solothurn matthias.stoeckli@sp-so.ch, 078 825 07 66; florian.eberhard@sp-so.ch, 079 517 61 85.

Solidarische Grüsse

Franziska Roth, Parteipräsidentin der SP Kanton Solothurn

**Die Chancen
stehen gut,
dass wir
die rechte
Mehrheit im
Nationalrat
brechen
können.**

Das Balmbergfest vom 7. September

RUND HUNDERT LINKE UND GEWERKSCHAFTER*INNEN BESAMMELTEN SICH AM SAMSTAG, 7. SEPTEMBER 2019 ZUM TRADITIONELLEN BALMBERGFEST. ES STAND IN DIESEM JAHR IM ZEICHEN DER SOLIDARITÄT, DES FRIEDENS UND DES UMWELTSCHUTZES.

In seiner Eröffnungsrede auf dem Balmberg stellte Markus Baumann klar: «Es ist wichtig, dass wir als Linke ein Zeichen setzen! In der zu Ende gehenden Legislatur konnten wir eindrücklich erleben, welche Themen behandelt werden, wenn die bürgerliche Mehrheit im National- und Ständerat bestimmt. Kürzung der Ergänzungsleistungen, Senkung der Kinderrente für IV-Bezüger, Angriffe auf den Arbeitnehmer- und Lohnschutz, Erhöhung der Franchisen bei den Krankenkassen, Stoppen der Unterstützung von Kinderkrippen, Erhöhung des Rentenalters und Aushöhlung des Mieterschutzes sind nur einige Beispiele dafür, mit welcher Arroganz die Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben wird.»

Ständerat Roberto Zanetti erinnerte an die Zeit von Willi Ritschard – ein Politiker, der es immer wieder schaffte, Menschen in seinen Bann zu ziehen und seine Botschaften zu vermitteln. «Ich kriege noch heute Gänsehaut, wenn ich an die damaligen Sonntage des Balmbergfestes denke», so Zanetti. Die

Linke brauche keinen Richtungswechsel. Denn wenn er deren Leistungsausweis seit den Siebzigerjahren betrachte, stelle er viel Positives fest. «Wir haben es geschafft, dass alle Menschen in der Schweiz gegen Krankheit versichert sind, der öffentliche Verkehr wurde massiv ausgebaut und im Bereich des Umweltschutzes haben wir ebenfalls vorwärts gemacht». Es sei deshalb wichtig, dass am 20. Oktober die Linke gestärkt aus den Wahlen hervorgehe, damit diese Arbeit fortgeführt werden könne. Zanetti betonte, dass ihm insbesondere die Kräfteverhältnisse im Ständerat wichtig seien, denn diese Kammer konnte in der Vergangenheit einiges korrigieren, was im Nationalrat im Widerspruch zu unseren Anliegen entschieden wurde.

SP-Parteipräsidentin Franziska Roth rief die Anwesenden dazu auf, sich gegen die Politik des Geldadels zur Wehr zu setzen. «Es ist Zeit die Schuldfrage zu stellen. Sie ist die wichtigste Frage im Kampf für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist das Synonym für Menschenrecht und somit einklagbar. Wir sind

als Gesellschaft immer noch so ungerecht – und dafür gibt es Schuldige. Gerechtigkeit ist ein Menschenrecht, das nicht vom Himmel fällt. Wir müssen aufhören, unsere roten Wunden zu lecken. Wir müssen unbequem und laut, aufmüppig und fordernd sein. Wir müssen aufhören, uns um den vermeintlich guten Ruf zu kümmern, indem wir Worte suchen, die nicht zu unserem Schnabel passen. Gewerkschafterinnen und Sozialdemokraten tragen das Herz auf der Zunge und müssen frei reden. Wir müssen auf die Menschen zeigen, die Unrecht verursachen. Auf jeden und jede.»

Dass die Linke im **Nationalrat** kein einfaches Spiel hat, zeigte **Philipp Hadorn** an mehreren Beispielen auf. Er zählte deshalb einige Eigenschaften auf, die ein Nationalrat oder eine Nationalrätin der Linken mitbringen sollte. «Hartnäckig, volksverbunden, entschlossen, offen für Neues sollte ein Nationalrat sein», so Hadorn. Er machte auch keinen Hehl daraus, dass er gerne noch einmal eine Legislatur im Nationalrat wirken möchte, und bat die Anwesenden um ihre Unterstützung.

Anschliessend an die Ansprachen wurde, als Mahnmahl für Friede und Umweltschutz, in der Nähe des Willi-Ritschard-Gedenksteins ein Ginkgo-Baum gepflanzt. Der Ginkgo-Baum (*Ginkgo biloba*) wurde vom deutschen «Kuratorium Baum des Jahres» zum Mahnmahl für Umweltschutz und Frieden und zum Baum des Jahrtausends ernannt. Dies nicht zuletzt wegen seiner unglaublichen Widerstandsfähigkeit. Als am 6. August 1945 ein US-amerikanischer Bomber über dem japanischen Hiroshima eine Atombombe abwarf, starben über 200 000 Menschen qualvoll. Alles lag in Schutt und Asche. Nichts gedieh mehr. Im Frühjahr des folgenden Jahres, in den rauchenden Ruinen und der öden Landschaft von Hiroshima, waren die Japaner überrascht, als sie winzige Knospen bei einer ganz speziellen Baumart entdeckten. Die Ginkgo-Bäume schienen die Einzigen zu sein, die den atomaren Kahlschlag überlebt hatten.

Bei Speis und Trank und musikalischen Darbietungen der Berner Band «The Mod On» konnten sich die Anwesenden austauschen, vernetzen und die Solidarität untereinander zelebrieren.

Markus Baumann, Derendingen, Präsident
Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn
und SP-Kantonsrat, markus.baumann@unia.ch



V.l.n.r.: Heinz von Arb, Peter Gomm, Evelyn Gmurczyk, Markus Baumann, Franziska Roth, Philipp Hadorn, Soner Yaprak, Nadine Vögeli, Urs Huber, Roberto Zanetti.

Finanzen sind auf Kurs – höchste Zeit für Entlastung, wo sie Not tut

DIE FINANZEN DES KANTONS SOLOTHURN SIND GEMÄSS VORANSCHLAG 2020 WEITERHIN AUF KURS UND ENTWICKELN SICH, UNTER VORBEHALT EINER MODERATEN UMSETZUNG DER UNTERNEHMENSSTEUERVORLAGE (STAF), GEMÄSS INTEGRIERTEM AUFGABEN- UND FINANZPLAN. DIE PLANUNG IST SOLID UND DIE VORGABEN DER FINANZKOMMISSION KONNTEN GRÖSSTENTEILS ERFÜLLT WERDEN.

Positive Auswirkungen auf das Budget hat insbesondere die Ablehnung an der Urne der ersten Vorlage zur kantonalen Umsetzung der STAF. Hätte das Volk diese Vorlage gutgeheissen, wäre das Budget tiefrot ausgefallen und der Spardruck auf Leistungen im Bereich des Service public massiv gestiegen. Die Konsequenz aus der Ablehnung der Tiefsteuerstrategie muss vor allem sein: Die Steuerausfälle müssen drastisch verkleinert werden!

Vereinfachte und ausgewogenere Vorlage

Die SP begrüsst die Anstrengungen der Regierung, mit einer moderaten Senkung des Gewinnsteuersatzes sowie einer vereinfachten Vorlage ein ausgewogeneres Ergebnis zu erzielen. Die Gegenfinanzierung mit einer Erhöhung der Vermögens- und Dividendenbesteuerung ist für die



Simon Bürki, Biberist
Kantonsrat und Vize-
Präsident Finanzkommission

SP ebenfalls richtig und zwingend notwendig.

Kleine und mittlere Einkommen endlich entlasten

Die SP fordert seit Jahren unmissverständlich eine steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen, bei denen der Kanton Solothurn extrem schlecht dasteht. Dabei darf der Staat nicht ausgehungert werden. Anstatt die Unternehmenssteuern in unverantwortlich hohem Mass zu senken, ist es jetzt an der Zeit, eine rasche und spürbare Entlastung für tiefe und mittlere Einkommen umzusetzen. Mit der neuen Steuervorlage muss dieses längst überfällige Anliegen nun endlich umgesetzt werden. Steuerpflichtige mit kleinen Einkommen zahlen im Kanton Solothurn bis zu 2,5-mal mehr als der schweizerische Durchschnitt!

Mehrbelastung trifft vor allem Verheiratete mit Kindern

Diese massive Mehrbelastung ist ausgerechnet bei Familien mit Kindern am höchsten. Das macht die Situation noch unerträglicher. Diese Belastung muss massiv gesenkt werden! Doch nicht nur bei den unters-

ten, sondern bis weit in die mittleren Einkommensbereiche hinein liegt die Belastung weit über dem Schweizer Mittel. Dieser Zustand ist skandalös, unerträglich und unhaltbar.

SP-Auftrag für substanzielle Entlastung

Aus diesem Grund hat die SP im Kantonsrat einen Auftrag eingereicht (Erstunterzeichner Simon Bürki, Biberist), damit der Regierungsrat bis im nächsten Jahr eine Gesetzesvorlage erarbeiten muss für eine substanzielle Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Die SP fordert unmissverständlich eine höhere Entlastung, als sie bisher in der Steuervorlage vorgesehen ist.

Moderate Senkung der Unternehmenssteuern

Die SP bietet weiterhin Hand für eine moderate und finanzierbare Senkung der Unternehmenssteuern, die mit entsprechenden sozialen Massnahmen begleitet auch breit abgestützt wäre. Einer raschen Umsetzung stünde dann nichts im Weg.

*Für mehr Steuergerechtigkeit:
Für alle statt für wenige!*

Mit Herz und Verstand für die Anliegen der Solothurnerinnen und Solothurner.

ROBERTO ZANETTI

am 20. Oktober 2019
wieder in den Ständerat

www.robortozanetti.ch | Postkonto 40-646128-6



**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**





SONER YAPRAK

ANGELA KUMMER

FRANZISKA ROHNER

PHILIPP HADORN
bisher

SIMON BÜRKI-KOPP

FRANZISKA ROTH

ROBERTO ZANETTI
WIEDER IN DEN STÄNDERAT

Am 20. Oktober 2019 in den Nationalrat | **Liste 9**

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE



URS HUBER

FLORIAN EBERHARD

NADINE VÖGELI

NICOLE WYSS

PETER GOMM

KARIN KÄLIN

ROBERTO ZANETTI
WIEDER IN DEN STÄNDERAT

Am 20. Oktober 2019 in den Nationalrat | **Liste 10**

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE



Hart in der Sache, anständig im Ton
Anfang September wurde an einer Medienkonferenz zum Fall William W. informiert. Die beiden Experten, die den Fall untersucht haben, konnten kein Versagen der Behörden im Kanton Solothurn feststellen. Dies lässt mich als Justizkommissionsmitglied einerseits aufatmen, andererseits lässt es mich auch etwas ratlos zurück. Ich bin froh, dass keinem Mitarbeitenden unserer Behörden ein Vorwurf gemacht werden kann. Unvorstellbar, was dies mit einem Menschen machen würde. Aber was heisst das für uns? Was bedeutet es für Eltern und ihre Kinder? Es muss die grösste Angst einer Mutter oder eines Vaters sein, sein Kind nicht be-

schützen zu können. Und genau hier knüpfen die Rechtspopulisten an. Sie schüren die Ängste zusätzlich und geben vor, einfache Mittel dagegen zu haben. Schärfere Gesetze! Schluss mit der Kuscheljustiz! Schluss mit Täterschutz und Täterrechten! Aber ist dies wirklich die Lösung? Sich vom Rechtsstaat zu verabschieden? Ich glaube nicht. Sicher, es braucht Anpassungen im Gesetz. Es braucht bessere Möglichkeiten, um die Menschen vor aussergewöhnlichen Tätern zu schützen. Aber es wäre ein Trugschluss zu denken, dass es mit irgendeinem Gesetz eine hundertprozentige Sicherheit für uns, unsere Kinder, unsere Angehörigen gibt. Mit dieser Gewissheit müssen

MEIN STANDPUNKT

Nadine Vögeli, Kantonsrätin aus Hägendorf,
nadine.voegeli@gmx.net

wir leben und uns immer wieder bewusst werden, was es mit uns macht. Lassen wir uns dadurch in die Arme der Rechtspopulisten treiben, die uns in aggressiver Sprache versprechen, dass es einfache Lösungen für komplexe Probleme gibt? Oder setzen wir uns ernsthaft mit der Thematik auseinander und suchen gemeinsam tragfähige Lösungen, die wirklich etwas bewirken können? Nur in der Kooperation mit anderen werden gute Lösungen möglich. Wir müssen hart in der Sache, aber anständig im Ton verhandeln. Schlechte Kompromisse lassen Verlierer zurück, ein Konsens aber schafft Gewinner auf allen Seiten.

